

VOLKSWIRTSCHAFT KOMPAKT

Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte, Konjunktur

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken · BVR · Volkswirtschaft/Mittelstandspolitik
 Verantwortlich: Dr. Andreas Bley · Schellingstraße 4 · 10785 Berlin · Telefon: 030 2021-15 00 · Telefax 030 2021-1904
 Internet: <http://www.bvr.de> · E-Mail: volkswirtschaft@bvr.de

Anreize für mehr Zukunftsinvestitionen schaffen

Für den Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigeren und moderneren Wirtschaft werden im großen Umfang Investitionen benötigt. Die Investitionskonjunktur war in Deutschland aber zuletzt eher schwach. Die preisbereinigten Bruttoanlageinvestitionen sind 2021 gegenüber dem Vorjahr lediglich um 1,3 % gestiegen, nachdem sie 2020 pandemiebedingt um 2,2 % eingebrochen waren. Dämpfend auf die Investitionsausgaben im vergangenen Jahr wirkten unter anderem hohe Materialknappheiten, kräftig steigende Preise sowie unsichere Planungsperspektiven in Hinblick auf den weiteren Verlauf der Pandemie und den wirtschaftspolitischen Kurs hierzulande.

Zu Beginn des laufenden Jahres ist mit einer weiterhin gedämpften Entwicklung zu rechnen. Darauf deutet auch das BVR Konjunkturbarometer, das seit Sommer 2021 merklich zurückgegangen ist und im Februar 2022 bei moderaten 73 Punkten verharret. Modellbasierte Schätzungen unter Einbeziehung des Barometers signalisieren, dass die preis-, kalender- und saisonbereinigten Bruttoanlageinvestitionen im 1. Quartal 2022 gegenüber dem Vorquartal voraussichtlich nur um 0,5 % zunehmen werden.

Vor diesen Hintergrund ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag mehr Investitionsanreize vorsieht, etwa über die Schaffung von „Superabschreibungen“. Die Bestrebungen zur Verbesserung des finanzpolitischen Umfelds gehen aber bisher nicht weit genug. Hilfreich wäre eine weiter reichende Steuerreform. Auch sollten der Ankündigung, Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigen zu wollen, möglichst bald Taten folgen. Zudem ist die Regierung gefordert mehr langfristige Planungssicherheit zu schaffen, nicht zuletzt auch in Hinblick auf die künftige staatliche Förderung in den Bereichen Halbleiter- und Batterieproduktion sowie Wasserstoff.



Inhalt

Anreize für mehr Zukunftsinvestitionen schaffen	2
Dr. Gerit Vogt E-Mail: g.vogt@bvr.de	
Finanzmärkte: Mittelfristig leicht erhöhte Inflationsrisiken	7
Dr. Andreas Bley E-Mail: a.bley@bvr.de	
Konjunktur: gedämpfter Jahresauftakt	8
Dr. Gerit Vogt E-Mail: g.vogt@bvr.de	

Anreize für mehr Zukunftsinvestitionen schaffen

Gewaltiger Investitionsbedarf

Neben der andauernden Coronapandemie und der voranschreitenden Digitalisierung zählt der vom Menschen verursachte Klimawandel aktuell zweifellos zu den wichtigsten Themen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das häufigere Eintreten von Naturkatastrophen, wie die sintflutartigen Überschwemmungen im Ahrtal vom vergangenen Sommer, verdeutlicht einmal mehr den dringenden Bedarf zum klimapolitischen Gegensteuern. Bestrebungen zum Klimaschutz haben zuletzt auch allgemein an Bedeutung gewonnen. Ein Beispiel hierfür ist, dass das im deutschen Klimaschutzgesetz formulierte Ziel zum Erreichen der Klimaneutralität nunmehr auf bis zum Jahr 2045 vorgezogen wurde.

Vor diesem Hintergrund ist auch zu begrüßen, dass die Bundesregierung die 2020er Jahre zu einem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen machen will. Laut dem Koalitionsvertrag sollen insbesondere in den Bereichen Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie Infrastruktur mehr investiert werden. Als eine der ersten Maßnahmen in diese Richtung hat das Bundeskabinett im Dezember 2021 den Entwurf eines Nachtragshaushalts beschlossen. Im Zuge dessen stehen 60 Mrd. Euro aus veranschlagten, aber nicht benötigten Kreditermächtigungen statt zur Pandemiebekämpfung für eine Finanzierung und Förderung von Klimaschutzinvestitionen bereit. Damit soll etwa der Ausbau von Wind- und Sonnenenergie sowie der Bau von Stromnetzen und der Ausbau der digitalen Infrastruktur gefördert werden. Die Zahl von 60 Mrd. Euro beeindruckt. Für den grundlegenden Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigeren und moderneren Wirtschaft werden aber Investitionsausgaben in weit größeren Umfang benötigt und dies nicht nur von staatlicher, sondern insbesondere auch von privater Seite. Hierzulande werden nämlich nahezu neun Zehntel der Bruttoanlageinvestitionen durch private Investoren getätigt.

Eine im Oktober 2021 veröffentlichten Studie der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zufolge, sind in Deutschland zur Erreichung der Klimaschutzziele bis 2050 insgesamt rund 5 Bio. Euro zu investieren. Der hohe Betrag relativiert sich allerdings etwas, da es sich

vielfach um ohnehin anstehende Investitionen handelt, die nun in eine nachhaltige Verwendung geleitet werden müssen. Das Volumen der Mehrinvestitionen, die zur Erreichung des gesetzlich verankerten Klimaschutzzieles bis 2045 zu tätigen sind, wird von den KfW-Fachleuten auf jährlich 72 Mrd. Euro geschätzt. Zu einer ähnlichen Größenordnung kommen auch die Autoren einer aktuellen Studie des Industrieverbands BDI und der Strategieberatung BCG. Demnach seien zur Erreichung der Klimaziele bis 2030 Mehrinvestitionen im Gesamtvolumen von rund 860 Mrd. Euro nötig, also etwa 100 Mrd. Euro pro Jahr.

Investitionskonjunktur zuletzt eher schwach

Der enorme Investitionsbedarf steht im Kontrast dazu, wie sich die Investitionskonjunktur zuletzt entwickelte. So sind die preisbereinigten Bruttoanlageinvestitionen Deutschlands nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr lediglich um 1,3 % gestiegen, nachdem sie 2020 pandemiebedingt um 2,2 % eingebrochen waren. Schätzungen des BVR vom Frühjahr 2021 hatten einen stärkeren Zuwachs um 3,9 % erwarten lassen (siehe Volkswirtschaft Kompakt vom Mai 2021). Wie damals prognostiziert, haben die preis-, kalender- und saisonbereinigten Bruttoanlageinvestitionen im 2. Quartal zwar erstmals das vor dem Ausbruch der Coronakrise in Deutschland erlangte Niveau vom 4. Quartal 2019 übertroffen (siehe Abb. 1). Im 3. Quartal kam das Wachstum der Anlageinvestitionen aber unerwartet zum Stillstand. Die Investitionsausgaben waren gegenüber dem Vorquartal um 2,2 % gesunken.

Auch im Winterhalbjahr 2021/2022 ist gemäß der aktuellen Prognose des BVR noch mit einer insgesamt eher verhaltenen Investitionskonjunktur zu rechnen. Demnach werden die Bruttoanlageinvestitionen im 1. Quartal 2022 gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt lediglich um 0,5 % zulegen, nach einem prognostizierten Anstieg um 1,5 % im 4. Quartal. Erste amtliche Angaben zur Entwicklung der Investitionen im Jahresendquartal 2021 wird das Statistische Bundesamt am 25. Februar veröffentlichen.

Im Rahmen der Prognose des BVR vom Frühjahr 2021 wurde unterstellt, dass das BVR Konjunkturbarometer

– als zentrale Größe für die vorgenommene Fortschreibung der Investitionsausgaben – bis zum Jahresende auf dem im Mai erreichten hohen Stand von 91 Punkten verharren wird. Das Barometer ist aber zurückgegangen. Es sank im September auf 73 Punkte und verharrt seitdem auf diesem Stand (siehe Seite 8 des vorliegenden Volkswirtschaft Kompakt). Basis für die aktuellen Prognosewerte für das Winterhalbjahr 2021/2022 sind die bereits im Mai 2021 verwendeten sogenannten ARX-Modelle. Diese Modelle nutzen die in der Vergangenheit bestehenden Zusammenhänge zwischen den Bau-, Ausrüstungs- und Sonstigen Anlageinvestitionen auf der einen Seite und dem BVR Konjunkturbarometer auf der anderen Seite. Für eine grafische Gegenüberstellung der Reihen und eine Beurteilung der Prognoseleistung der Modelle sei auf das Volkswirtschaft Kompakt vom Mai 2021 verwiesen. Unter der Annahme, dass das BVR Konjunkturbarometer auch im März 2022 unverändert bei 73 Punkten bleiben wird, lassen sich derzeit mit den Modellen Prognosewerte bis zum 1. Quartal des laufenden Jahres generieren.

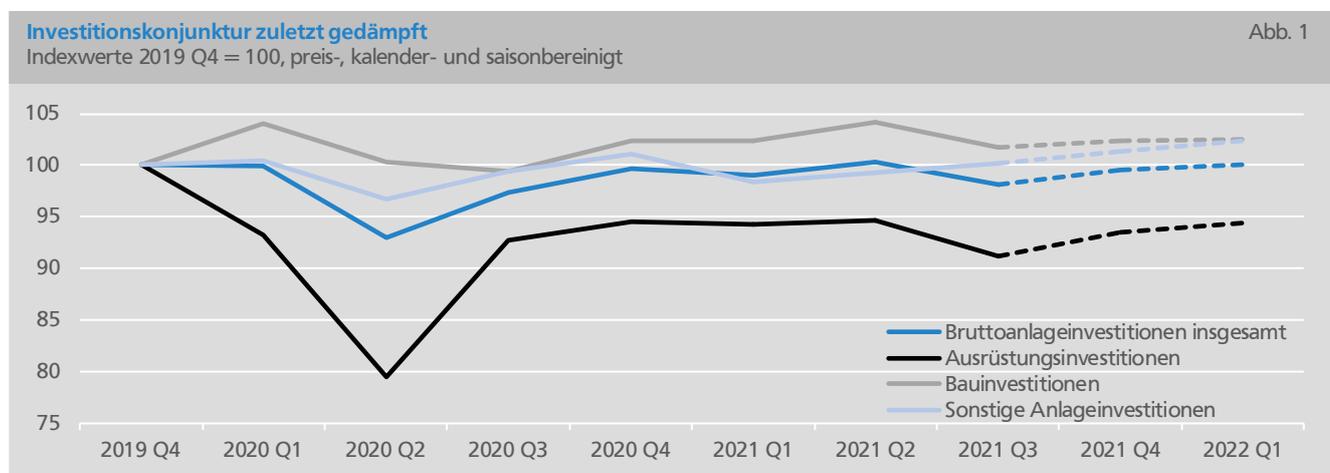
Die zurückhaltende Investitionstätigkeit ist nicht auf Probleme im Zugang zur Finanzierung zurückzuführen. Die Finanzierungsbedingungen bleiben allgemein günstig, wie auch die jüngsten Angaben zur KfW-ifo-Kredithürde zeigen. Demnach ist der Anteil der befragten Unternehmen, die über ein restriktives Verhalten der Banken in Kreditverhandlungen berichten, sowohl

im Mittelstand als auch bei Großunternehmen im Jahresverlauf 2021 von der Tendenz her sichtlich zurückgegangen. Zuletzt, im 4. Quartal, lagen die entsprechenden Anteile im Mittelstand mit 18,9 % leicht über und bei den Großunternehmen mit 8,0 % etwas unter den jeweiligen langjährigen Durchschnittswerten. Das Kreditwachstum war zuletzt, im 3. Quartal dennoch verhalten. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank ist der Bestand der Buchkredite und Wechsel an Nichtbanken über alle Bankengruppen hinweg lediglich um 4,2 % gestiegen, wobei das Wachstum bei den Kreditgenossenschaften mit 6,7 % erneut überdurchschnittlich ausfiel.

Vielfältige Gründe für die Investitionsschwäche 2021

Maßgeblich für die vergleichsweise schwache Entwicklung der Investitionsausgaben im vergangenen Jahr dürften folgende Aspekte sein:

1. Die Pandemieentwicklung verlief ungünstiger als erwartet. Ökonomische Grundlage für die Investitionsprognose des BVR vom Mai 2021 war die Annahme zum Jahresende nachlassender Infektionszahlen und weiterer Lockerungen von Infektionsschutzmaßnahmen. Statt weiterer Lockerungen mussten im Zuge abermaliger, durch die Delta- und Omikron-Varian-



Quelle: Destatis, Berechnungen des BVR, 2021 Q4 und 2022 Q1: Prognosen des BVR

ten des Coronavirus entstandenen, Pandemie-Wellen aber neuerliche Beschränkungen eingeführt werden, wie die bundesweite 2G-Regel, die grundsätzlich nur noch Geimpfte und Genesene den Besuch von Kinos, Theater, Geschäfte und Restaurants erlaubt. Diese Beschränkungen belasteten insbesondere in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen die Umsatzentwicklung spürbar. Dies ging häufig mit einer Investitionszurückhaltung einher, wie beispielsweise eine Branchenanalyse in der Herbstausgabe 2021 der Gemeinschaftsstudie „Mittelstand im Mittelpunkt“ des BVR und der DZ BANK anschaulich verdeutlicht.

2. Die Materialengpässe nahmen entgegen der Annahme vom Mai, im Jahresverlauf 2021 nicht ab-, sondern außerordentlich stark zu. Die kräftige und international breit angelegte Erholung vom Konjunkturereinbruch des 1. Halbjahres 2020 führte bekanntermaßen zu einem ungewöhnlich starken Anstieg der globalen Nachfrage nach Rohstoffen und Vorleistungsgütern, wie Halbleitern, Plastik und Metallen, sowie zu erheblichen Logistikproblemen. Hiervon waren insbesondere die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes betroffen, die wegen der Engpässe ihre vielfach gut gefüllten Auftragsbücher kaum abarbeiten konnten. Dies dämpfte die Produktion von Investitionsgütern.
3. Die Preise stiegen überraschend kräftig. Angesichts der Knappheiten, nicht nur bei Materialien, sondern vielfach auch bei Personal, legten auch die Produktionskosten im Allgemeinen deutlich zu. Die gestiegenen Kosten wurden teilweise an die Verbraucher weitergeleitet, was die Inflationsrate zum Jahresende erheblich steigen ließ. Im Zuge des intensiven Wettbewerbs in vielen Bereichen verblieb ein Teil der Kosten jedoch im Unternehmenssektor und verminderte die Ausgabenspielräume für Investitionen.
4. Die Planungsunsicherheit blieb extrem hoch. Neben den unmittelbaren Folgen der pandemiebedingten Beschränkungen, der Materialengpässe und der steigenden Preise belasteten auch die Unsicherheiten über die künftige Pandemie- und Konjunkturentwicklung die Investitionstätigkeit. Für die Bereitschaft zum Investieren ist Planungssicherheit über den künftig zu erwartenden Zahlungsfluss ein sehr wichtiger Faktor, wobei sich die Amortisationszeiträume von Investitionen oft über Jahrzehnte erstrecken. Daher beeinflussen auch die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen die Investitionen stark. Viele Investoren dürften sich im Vorfeld der Bundestagswahl vom September 2021 wegen der Unsicherheit über den Kurs der nächsten Bundesregierung mit neuen Projekten zurückgehalten haben. Und auch nach der Wahl blieben die Unsicherheiten über die konkreten Rahmenparameter für Investitionen noch hoch.
5. Sondereffekte haben die Bauinvestitionen beeinträchtigt. Die Bauinvestitionen wurden zu Jahresbeginn 2021 durch die vergleichsweise strenge Witterung und Vorzugseffekte der vorangegangenen Mehrwertsteuersenkung gedämpft.
6. Das steigende Durchschnittsalter der Unternehmer. Die Neigung zum Investieren ist im Mittelstand häufig mit dem Lebensalter der Unternehmenseigner korreliert. Der Hang größere Investitionsprojekte anzugehen und Kapazitätserweiterungen vorzunehmen, nimmt mit dem Alter der Firmeninhaber im Allgemeinen ab. Durch eine ungeklärte Unternehmensnachfolge wird das Investitionsklima zuweilen noch zusätzlich belastet. Nach KfW-Angaben ist das Durchschnittsalter der Unternehmer seit 2002 um acht Jahre gestiegen, was ebenfalls zur Investitionsschwäche beigetragen haben dürfte.

Perspektivisch ist mit einer Belebung zu rechnen

Viele der im letzten Abschnitt aufgelisteten Gründe beeinträchtigen auch zu Jahresbeginn 2022 das Investitionsgeschehen noch merklich. Zudem lassen sich einige dieser Faktoren kaum durch die wirtschaftspolitischen Akteure kurzfristig beeinflussen, wie das Aufkommen neuerlicher Pandemiewellen oder die hohen Materialknappheiten. Was die beiden zuletzt genannten Aspekte betrifft, zeichnet sich für die nächsten Monate aber eine gewisse Entspannung ab. Mit den jahreszeitlich bedingt wärmeren Temperaturen und den verstärkten Aufenthalt außerhalb von Räumen dürfte die Omikron-Welle bald abflauen. Hierzu wird auch der inzwischen erreichte höhere Impfstand beitragen. Die wirtschaftlichen Beschränkungen dürften daher perspektivisch zurückgefahren werden können.

Auch in Hinblick auf die Knappheitenprobleme zeichnet sich allmählich eine Entspannung ab. So ist gemäß jüngsten Umfragen des ifo Instituts der Anteil der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, die über Engpässe und Probleme bei der Beschaffung von Vorprodukten und Rohstoffen berichten, von dem im Dezember erreichten Rekordwert von 81,9 % auf 67,3 % im Januar gesunken. Dies nährt die Hoffnung, dass die Unternehmen ihre hohen Auftragsbestände bald abarbeiten und die Produktion steigern können.

Weiterhin bestehen erhebliche Unsicherheiten über den künftigen Pandemie- und Konjunkturverlauf. Genannt sei hier beispielsweise das Risiko, dass die chinesische Staatsführung auf zunehmende Probleme im Gesundheitssystem mit einem starken Lockdown reagiert, was verheerende Konsequenzen für die Weltwirtschaft und die hiesige Konjunktur hätte. Wegen der offenbar nachlassenden Materialknappheiten und der hohen Auftragsbestände sind die Chancen für eine merkliche Belebung der Investitionsausgaben Deutschlands im Sommerhalbjahr 2022 aber durchaus vorhanden. Ein allmähliches Anziehen der Investitionen lassen auch die Ergebnisse von Unternehmensumfragen erwarten. Gemäß der bereits erwähnten Studie „Mittelstand im Mittelpunkt“ planten zuletzt 76 % der befragten Unternehmen in den kommenden Monaten zu investieren, vor allem in die Digitalisierung, in Prozessautomatisierungen und in Nachhaltigkeit.

Mehr Investitionsanreize schaffen

Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es nun, die noch schwache, sich aber abzeichnende Belebung mit geeigneten Maßnahmen zu flankieren. Die Investitionsdynamik muss auch mit Hilfe der Wirtschaftspolitik über viele Jahre hinweg auf ein hohes Niveau ansteigen, damit die Aufgabe der Klimatransformation und des digitalen Wandels bewältigt wird. Es handelt sich um eine historische Chance nicht nur den Klimawandel zu begrenzen und Innovationen voranzutreiben, sondern auch den Wohlstand unserer Gesellschaft in der Zukunft zu sichern.

Hierzu ist ein Dreiklang erforderlich, aus einer allgemein investitionsfreundlichen Ausrichtung der Finanzpolitik, aus gezielten Anreizen für Investitionen in Nachhaltigkeit im Rahmen von Förderprogrammen und aus einer deutlichen Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wichtig für den Erfolg des Transformationsprozesses ist zudem eine langfristig verlässliche Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. Die Bundesregierung ist gefordert, hier in den kommenden Monaten auf der Basis der Koalitionsvereinbarungen ein möglichst klares Zukunftsbild und einen Fahrplan zu seiner Umsetzung zu erarbeiten und die entsprechenden Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Vor diesen Hintergrund ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag mehr fiskalische Investitionsanreize vorsieht, etwa über die Schaffung von „Superabschreibungen“. Die Bestrebungen zur Verbesserung des Investitionsklimas gehen bisher aber nicht weit genug. Hilfreich wäre eine weiter reichende Steuerreform. Beispielsweise könnte eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes um 5 Punkte auf 10 % oder die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags die Investitionstätigkeit der Unternehmen langfristig anregen. Der Solidaritätszuschlag ist zu großen Teilen von mittelständischen Unternehmen zu zahlen und wirkt so wie eine zusätzliche Unternehmenssteuer.

Auch in Hinblick auf die Förderprogramme und die Planungssicherheit besteht noch viel Raum für Verbesserungen. Mehr Planungssicherheit ist unter anderem in den Bereichen Halbleiter- und Batterieproduktion sowie Wasserstoff wünschenswert. Bundeswirtschafts-

minister Robert Habeck hat diese drei Bereiche als förderungswürdig eingestuft, weil sie europäische Sicherheitsbelange berühren. Wie bereits erwähnt, gab und gibt es bei Halbleitern Engpässe, die den Transformationsprozess bremsen. Vieles spricht dafür, die Halbleiterproduktion in Europa zu erhöhen. Dies gilt auch für die Fertigung von Batterien und den Einsatz von Wasserstoff, die als zentrale Bausteine für die Energie- und Mobilitätswende vom Bund bereits Fördermittel erhalten. Nun ist die Bundesregierung gefordert sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, mehr Klarheit darüber zu schaffen, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang hier künftig eine europäische Förderung konkret erfolgen wird. ■

Finanzmärkte: Mittelfristig leicht erhöhte Inflationsrisiken

Der aktuell nicht nur in Deutschland, sondern auch im Euroraum insgesamt sehr kräftigen Inflationsrate stehen weiterhin nur leicht erhöhte Inflationsrisiken für die mittlere Frist gegenüber. Dies ist das Ergebnis der BVR Inflationsaussichten im Februar. Die Inflationsrisiken werden derzeit vor allem von guten Konjunkturindikatoren und den stark erhöhten Preisen für Energierohstoffe getrieben, während viele andere typische Indikatoren für einen erhöhten Inflationsdruck nicht ausschlagen. Der Indikator für die Inflationsaussichten verringerte sich auf erhöhtem Niveau leicht von 58 Punkten im Januar auf 57 Punkte im Februar.

Konjunkturkomponente rückläufig

Die Konjunkturkomponente der BVR Inflationsaussichten hat sich im Februar erneut verringert. Das Wirtschaftsklima und die Industrieproduktion haben sich vor dem Hintergrund der beharrlichen Materialengpässe weiter abgeschwächt, während die Orders stabil blieben. Die Kapazitätsauslastung ist weiterhin nahe ihres langjährigen Durchschnitts. Vorzeichen, für die zu erwartende Belebung der Konjunktur im Frühjahr zeigen sich in den Konjunkturindikatoren noch nicht.

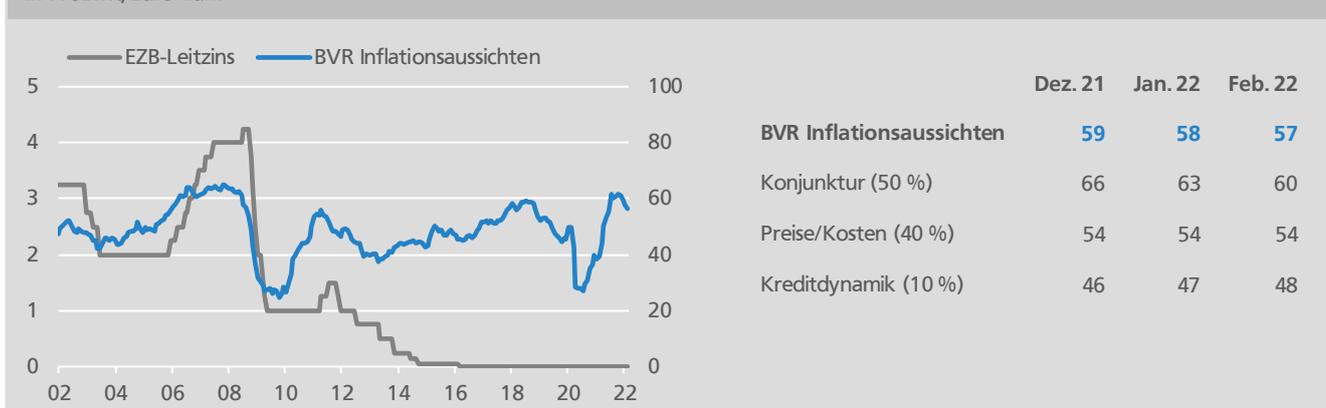
Preis- und Kostendruck bleibt erhöht

Der Preis- und Kostendruck ist im Euroraum leicht überdurchschnittlich. Diese Tendenz wird vor allem von den Energierohstoffpreisen getrieben, die sich mit Abstand auf dem höchsten Niveau seit Einführung des Euro bewegen. Aktuell sind die Energiepreise der wesentliche Treiber der aktuellen Inflation. Der Wechselkurs und die Lohnstückkosten zeigen sich demgegenüber derzeit sehr stabil. Auch in den kommenden Monaten dürfte die weitere Entwicklung der Energiepreise wesentlich die Dynamik der BVR Inflationsaussichten bestimmen.

Moderate Kreditdynamik

Die Kreditdynamik, bleibt im Euroraum – trotz einer Belebung in den vergangenen Monaten – weiterhin moderat und zeigt damit keine erhöhten Inflationsrisiken an. Der Anstieg der Kredite an den privaten Sektor lag nach den jüngsten Zahlen für den Dezember 2021 bei 4,1 %, in Phasen einer heiß laufenden Konjunktur war das Kreditwachstum früher über längere Zeiträume zweistellig gewachsen. Insofern wirkt sich die extreme Geldpolitik der EZB derzeit nicht maßgeblich über den Kreditkanal belebend auf die Güternachfrage aus. ■

BVR Inflationsaussichten
in Prozent, Euroraum



Die BVR Inflationsaussichten sind ein Indikator für die mittelfristige Inflationsentwicklung im Euroraum mit Werten zwischen null und 100. Der Indikatorwert von 50 ist mit dem Erreichen des impliziten Inflationsziels der EZB von 2 % verbunden. Geringere (höhere) Werte signalisieren eine geringere (höhere) mittelfristige Inflationstendenz. Die Konjunkturkomponente enthält die Industrieproduktion, den Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe, das Wirtschaftsklima und die Kapazitätsauslastung im Euroraum. Die Komponente für Preise/Kosten beinhaltet den HWWI-Energiepreisindex, die Lohnstückkosten und den handelsgewichteten Euro-Wechselkurs. Die Kreditdynamik wird anhand der Jahreswachstumsrate der Kredite an Unternehmen und Privathaushalte gemessen.

Quelle: BVR, Refinitiv Datastream



Konjunktur: gedämpfter Jahresauftakt

BVR Konjunkturbarometer verharrt bei 73 Punkten

Zu Jahresbeginn 2022 wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands weiterhin durch die Folgen der Coronapandemie beeinträchtigt. Angesichts der vielfach andauernden Infektionsschutzmaßnahmen und der noch immer hohen Materialengpässe bleibt das BVR Konjunkturbarometer im Februar unverändert bei 73 Punkten. Das Barometer befindet sich damit nach wie vor unter dem im Frühjahr 2021 erreichten hohen Wert von 91 Punkten. Der Stand des Indikators lässt aber das Eintreten einer neuerlichen Rezession, mit zwei Quartalen schrumpfenden Wirtschaftsleistung in Folge, unwahrscheinlich erscheinen. Die bereits im Jahresendquartal 2021 im Zuge der vierten Coronawelle eingetretene merkliche Konjunkturdämpfung hat nach ersten amtlichen Schätzungen das preis-, kalender- und saisonberinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorquartal um 0,7 % zurückgehen lassen. Gegenüber dem Jahresendquartal 2020 ergab sich aber noch ein Zuwachs um 1,4 %.

Stimmungsindikatoren hellen sich auf

Die in das BVR Konjunkturbarometer eingehenden Stimmungsindikatoren haben sich zu Jahresbeginn uni-

sono aufgehellt, befördert von insgesamt günstiger beurteilten Perspektiven. So scheint es derzeit wahrscheinlich, dass sich die Pandemie- und Konjunkturlage nach dem schwachen Winterhalbjahr nicht weiter verschlechtern, sondern verbessern wird.

Industrie-/Exportdaten: Erholung schreitet voran

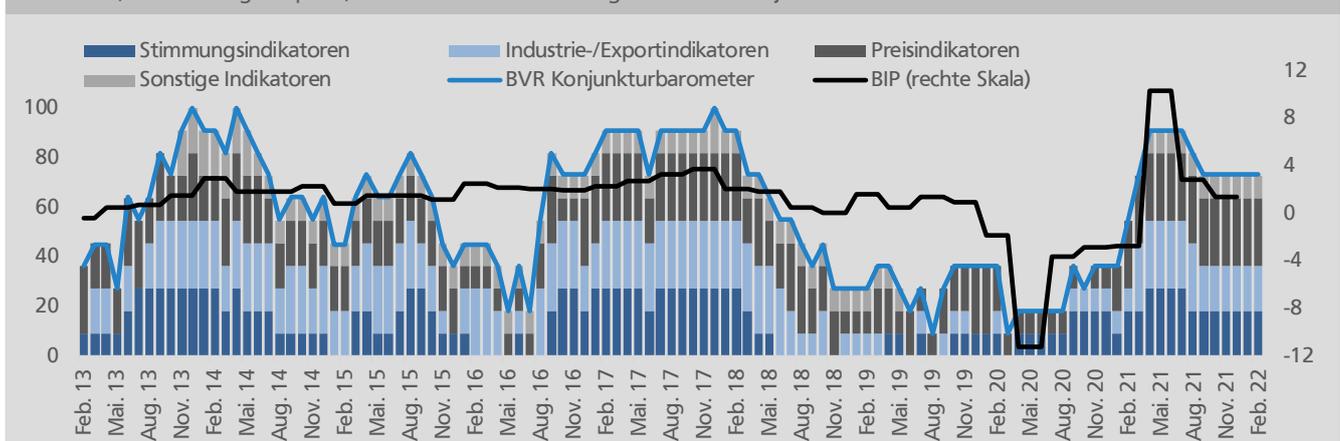
Angesichts offenbar nachlassender Materialengpässe hat die Industriekonjunktur zuletzt etwas an Fahrt aufgenommen. Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes ist im Dezember gegenüber dem Vormonat mit einer Verlaufsrate von 1,2 % gestiegen. Sie befindet sich damit aber noch immer unter ihrem entsprechenden Vorjahresmonatsstand. Die Industrie-Auftragseingänge und die Ausfuhren Deutschlands liegen hingegen weiterhin über ihren Vorjahreswerten.

Noch immer kräftig steigende Preisindikatoren

Auch wegen des Ukraine Konflikts hält die merkliche Aufwärtsbewegung bei den Öl- und Gasnotierungen an, mit Folgen für die hiesigen Verbraucherpreise. Die Inflationsrate ist zwar wegen des Abflauens von Sondereffekten von zuvor 5,3 % auf 4,9 % im Januar gesunken, aber weniger stark als allgemein erwartet. ■

BVR Konjunkturbarometer

in Prozent, Veränderung des preis-, kalender- und saisonbereinigten BIP zum Vorjahr



Das BVR Konjunkturbarometer ist ein Indikator für die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands und kann Werte zwischen null und 100 annehmen. Es verdichtet die Signale von 3 Stimmungsindikatoren (ifo Geschäftsklima, ZEW-Konjunkturerwartungen, Verbrauchervertrauen), 3 Industrie-/Exportindikatoren (Industrieproduktion, Industrie-Auftragseingang, Ausfuhren), 3 Preisindikatoren (Verbraucherpreisindex, Rohölpreis, DAX) und 2 sonstige Indikatoren (Geldmarktzins, Offene Stellen). Als Diffusionsindex misst das BVR Konjunkturbarometer den prozentualen Anteil der Indikatoren an allen 11 einbezogenen Indikatoren, die gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen sind. Liegen für einen Indikator aktuell noch keine Werte vor, wird das Signal des Vormonats verwendet.

Quelle: BVR, Refinitiv Datastream